



Wien, am Mittwoch, 20. Juli 2016

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2016 – 2020

Schwieriges internationales Umfeld bremst Konjunktur- aufschwung in Österreich

Sperrfrist: Donnerstag, 21. Juli 2016, 10:00 Uhr

Vor dem Hintergrund einer wenig dynamischen Weltwirtschaft erwartet das Institut ein verhaltenes Wachstum der österreichischen Wirtschaft. Im Zeitraum 2016 bis 2020 dürfte das BIP in Österreich somit um durchschnittlich 1.4 % zulegen, nach 1.1 % in den vergangenen fünf Jahren. Während von der Außenwirtschaft nur geringe Wachstumsimpulse ausgehen, zieht die Binnen- nachfrage merklich an. Die Arbeitsmarktlage bleibt äußerst angespannt. Zwar dürfte das Beschäftigungswachstum kräftig ausfallen, der Zuwachs reicht jedoch nicht aus, um den Anstieg des Arbeitskräfteangebots vollständig zu absorbieren. Mit 9 ¾ % am Ende des Prognosezeitraums bleibt die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition auf einem sehr hohen Niveau. Das Ziel eines annähernd ausgeglichenen öffentlichen Haushalts wird voraussichtlich erst gegen Ende des Prognosezeitraums erreicht. Notwendig sind weitere Reformschritte im öffentlichen Sektor zur Stärkung des Wachstumspotenzials der österreichischen Wirtschaft.

Die hohe Unsicherheit bremst gegenwärtig die Dynamik der Weltkonjunktur. Auch in den kommenden Jahren dürfte die globale Wirtschaftsleistung nur verhalten expandieren. Somit erwartet das Institut für den Zeitraum 2016 bis 2020 ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Österreich von durchschnittlich 1.4 % pro Jahr. Die mittelfristige Vorausschau übernimmt traditionellerweise die Werte der kurzfristigen Prognose vom Juni für die ersten beiden Jahre und erweitert den Prognosehorizont um drei Jahre. Nach jeweils 1.5 % in den Jahren 2016 und 2017 sollte die Wachstumsrate im restlichen Prognosezeitraum 1 ¼ % ausmachen. Mit 1.4 % fällt das Wirtschaftswachstum um ¼ Prozentpunkt höher aus als im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre und entspricht dem im Euroraum. Bei der Interpretation der zeitlichen Wachstumsdynamik ist aber zu berücksichtigen, dass in der Juni-Prognose der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU (Brexit) noch nicht bekannt war. Das Institut geht davon aus, dass die Wirtschaftsleistung in Österreich im Jahr 2020 um 0.5 % niedriger sein wird, als es ohne Brexit der Fall wäre.

Als Teil der mittelfristigen Prognose ermittelt das Institut das Produktionspotenzial (Wirtschaftsleistung bei Normalauslastung) der österreichischen Wirtschaft. Im Zuge der schwachen Wirtschaftsentwicklung in den vergangenen Jahren hat sich das Wachstum des Produktionspotenzials abgeschwächt und im Jahr 2015 nach Einschätzung des Instituts 1 % betragen. Der technische Fortschritt hat kaum mehr zum Wachstum der Wirtschaft beigetragen. Bis zum Ende des Prognosezeitraums sollte sich das Potenzialwachstum leicht auf 1 ¼ %

beschleunigen. Ausgehend von einer negativen Produktionslücke von 1 % im Jahr 2015 verringert sich die Lücke bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 0.4 %. Dies impliziert, dass die Wirtschaftsleistung nur geringfügig rascher als das Produktionspotenzial zunimmt.

Der Prognose liegt die Erwartung einer nur sehr moderaten Entwicklung der Weltkonjunktur zugrunde. Die US-Wirtschaft befindet sich auf einem stabilen Wachstumspfad und sollte im Prognosezeitraum ein durchschnittliches Wachstum von $2\frac{1}{4}$ % erzielen. Im Euroraum hat sich der Wirtschaftsaufschwung merklich verfestigt, allerdings dämpft der Brexit die Wachstumsaussichten. Somit erwartet das Institut ein durchschnittliches Wachstum von 1.4 %. Profitieren sollte die europäische Wirtschaft dabei von einem niedrigeren Ölpreis (58 US-Dollar je Barrel) und einem schwächeren Euro-Dollar-Wechselkurs (1.09). In den OECD-Ländern dürfte die Wirtschaft um durchschnittlich 2 % zulegen. In den Schwellenländern wird sich die wirtschaftliche Dynamik allerdings abschwächen. Mit 6 % sollte das mittelfristige Wachstum in China um $1\frac{3}{4}$ % geringer als in den vergangenen fünf Jahren ausfallen. Insgesamt ergibt sich somit ein Wachstum der globalen Wirtschaft von $3\frac{1}{4}$ %.

In den vergangenen fünf Jahren hat der private Konsum in Österreich kaum expandiert (0.3 %). Dies resultierte primär aus der schwachen Dynamik der verfügbaren Einkommen (niedriges Wachstum der Kapitaleinkommen und kalte Progression). Dieser Effekt wurde zum Teil durch eine reduzierte Sparquote der Haushalte abgefedert. Im Prognosezeitraum stützen die Steuerreform und die Entwicklung der Realeinkommen die Kaufkraft. Die private Konsumnachfrage dürfte daher merklich anziehen (1.2 %). Die Einkommensentwicklung erlaubt es den Haushalten, die Sparquote leicht anzuheben. Diese dürfte am Ende des Jahrzehnts knapp 9 % ausmachen.

Seit dem Jahr 2012 sind die Bruttoinvestitionen in Österreich kaum gewachsen. Während die Bauinvestitionen in den letzten drei Jahren rückläufig waren, zeigte sich bereits im Vorjahr ein leichter Aufwärtstrend bei den Ausrüstungsinvestitionen. Die günstigen Finanzierungskonditionen, der hohe Bedarf an Ersatzinvestitionen sowie die aufgrund des starken Zuzugs steigende Wohnbaunachfrage sollten belebend auf die Investitionen wirken. Allerdings sind auch die hohe Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft und das gegenwärtig noch geringe Unternehmervertrauen zu berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut ein durchschnittliches Wachstum der Anlageinvestitionen von knapp 2 % pro Jahr. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften dabei um knapp $2\frac{1}{2}$ % pro Jahr zulegen. Mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von $1\frac{1}{4}$ % beleben sich auch die Bauinvestitionen.

In den letzten Jahren hat sich der Welthandel nur äußerst schleppend entwickelt. Die Handelsintensität, bezogen auf das globale Wachstum, hat sich deutlich verringert. Vom Welthandel werden auch im Prognosezeitraum nur verhaltende Impulse auf die österreichische Exportwirtschaft ausgehen. Der geringere Außenwert des Euro sowie die Stabilisierung im Euroraum sollten belebend wirken. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut ein durchschnittliches Wachstum der Gesamtexporte von gut 3 %, die Warenexporte legen dabei mit dem gleichen Tempo zu. Angetrieben von der kräftigen Binnennachfrage dürften die Importe um durchschnittlich $3\frac{1}{2}$ % wachsen. Im Einklang mit der Tendenz zum Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte im Euroraum geht von der Außenwirtschaft im Prognosezeitraum somit ein neutraler Wachstumsbeitrag aus.

Mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von $1\frac{3}{4}$ % erwartet das Institut eine moderate Teuerung im Prognosezeitraum. Ausgehend von 1 % im laufenden Jahr beschleunigt sich der heimische Preisauftrieb bis zum Ende des Jahrzehnts auf 2 %. Das Institut unterstellt dabei, dass von den internationalen Rohstoff- und Energiepreisen keine ausgeprägten preistreibenden Impulse ausgehen. Dies gilt vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit wohl auch für die heimischen Lohnstückkosten. Für eine verhaltene Inflationsentwicklung spricht auch die negative Produktionslücke. Die Prognose impliziert, dass das Inflationsdifferenzial zum Durchschnitt des Euroraums über die Zeit merklich abnimmt.

Die schwache Konjunktur der Vorjahre und das äußerst kräftig gestiegene Arbeitskräfteangebot haben zu einem historischen Höchststand bei der Arbeitslosenquote geführt. Zusätzlich finden sich Hinweise auf strukturelle Probleme am österreichischen Arbeitsmarkt (Langzeitarbeitslosigkeit, Mismatch). Im Prognosezeitraum sollte die Beschäftigungsnachfrage mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1.2 % kräftig bleiben. Dies reicht aber nicht aus, um das weiterhin steigende Arbeitskräfteangebot, insbesondere aus den ost- und mitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten, vollständig zu absorbieren. Zu beachten ist auch der starke Zustrom von Asylwerbern. Internationale Erfahrungen legen nahe, dass die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt schwierig ist und länger dauert als bei Zuwanderung aus anderen Motiven. Nach 9.1 % im Vorjahr dürfte die Arbeitslosenquote (nationale Definition) bis zum Jahr 2018 auf 9.9 % ansteigen und anschließend in etwa stagnieren. Für den Jahresdurchschnitt 2020 wird eine Quote von 9.7 % erwartet. Laut Eurostat-Definition wird die Arbeitslosigkeit dann 6.2 % betragen und damit den Wert von 2015 um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt übersteigen.

Die fiskalischen Wirkungen der Steuerreform und die Anstrengungen zur Erzielung eines weitgehend ausgeglichenen Staatshaushalts prägen weiterhin die Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Die Zusatzkosten aufgrund der Flüchtlingskrise erhöhen zwar die Ausgaben, jedoch bringt das gegenwärtig extrem niedrige Zinsniveau eine kräftige Entlastung für die öffentlichen Haushalte. Das Institut geht weiterhin davon aus, dass die Maßnahmen zur Finanzierung der Steuerreform erst verzögert wirken. Folglich steigt die gesamtstaatliche Defizitquote von 1.1 % im Jahr 2015 in diesem Jahr auf 1.8 %. Erst gegen Ende des Prognosezeitraums wird die Defizitquote unter 1 % fallen und das Ziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts erreicht.

Aus Sicht des Instituts stellt die Steuerreform um einen ersten Schritt in einer Reihe notwendiger Reformen zur Verbesserung der Qualität des Wirtschaftsstandortes dar. Eine merkliche Absenkung der Lohnnebenkosten würde die Beschäftigungsnachfrage kräftigen. Steuerliche Anreize für eine verstärkte Investitionstätigkeit erscheinen hilfreich, allerdings ist auf allfällige Mitnahmeeffekte zu achten. Aus ökonomischer Sicht ist die Absenkung der Bankensteuer angebracht, um die Doppelbelastung durch die Zahlungen an den EU-Fonds zu vermeiden. Vor dem Hintergrund der weiterhin hohen Abgabenlast bei gleichzeitig hoher Staatsverschuldung sollten die derzeitigen Neuverhandlungen des Finanzausgleichs dazu genutzt werden, die Finanzbeziehungen zwischen den verschiedenen Gebietskörperschaften zu entflechten. Durch eine anreizkompatiblere Verteilung der Kompetenzen und eine Beseitigung von Mehrfachzuständigkeiten können die Transparenz erhöht und die Weichen für eine effizientere öffentliche Verwaltung gestellt werden. Generell ist es notwendig, dass durch Reformen alle Effizienzpotenziale im öffentlichen Bereich gehoben werden, sodass die notwendigen zukunftsorientierten öffentlichen Investitionen (etwa in den Bereichen

Bildung, Forschung und Entwicklung) finanziert werden können. Weiters ist eine nachhaltige Rückführung der Staatsschulden erforderlich. Dies sollte das Vertrauen internationaler Investoren erhalten und damit auch zukünftig im internationalen Vergleich günstige Refinanzierungsbedingungen sichern sowie Spielraum für das Wirken automatischer Stabilisatoren schaffen.

Die Prognoserisiken sind beträchtlich und überwiegend abwärts gerichtet. Gegenwärtig herrscht hohe Unsicherheit. Das größte Risiko für die europäische Konjunktur betrifft die wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU. Eine ausgeprägte und langandauernde Rezession im Vereinigten Königreich hätte merkliche negative Auswirkungen auf die Haupthandelspartner. Starke und anhaltende Turbulenzen an den Finanzmärkten sowie protektionistische Tendenzen im internationalen Handel würden die Wirtschaftsentwicklung spürbar verlangsamen. Daneben bestehen weitere Risiken für die Weltkonjunktur. Gegenwärtig scheint sich die Entwicklung in den Schwellenländern zu stabilisieren. Ein kräftiger Einbruch in China könnte aber die Dynamik der globalen Wirtschaft nachhaltig verlangsamen. Eine Ausweitung der geopolitischen Konflikte im Nahen Osten und in Nordafrika (IS-Terrorismus und Flüchtlingskrise) könnte die Wirtschaftsstimmung weiter trüben und wohl auch zu einer Erhöhung der Energiepreise führen. Die polit-ökonomischen Probleme in der EU (Aufteilung der Flüchtlinge, Vollendung der Bankenunion, Schuldenkrise, Ausgestaltung der europäischen Institutionen) halten die Unsicherheit der Wirtschaftsakteure hoch. Eine zu expansive Geldpolitik der EZB könnte mittelfristig zu Blasen auf den Aktien- und Immobilienmärkten führen.

Hinsichtlich der heimischen Risiken gibt es Hinweise, dass sich die Stimmung der Unternehmer etwas aufhellt. Es besteht aber das Risiko, dass das Vertrauen wieder nachlässt und die Investitionsneigung gering bleibt. Hierbei ist auch zu beachten, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs im Euroraum in den letzten Jahren verschlechtert hat. Die Sparquote könnte deutlich stärker steigen als erwartet und damit die heimische Konsumnachfrage dämpfen. Dem gegenüber stehen aber auch Aufwärtsrisiken. Reformen zur Stärkung der Qualität des Wirtschaftsstandorts könnten die Stimmung der Wirtschaftsakteure verbessern und damit die Nachfrage erhöhen. Aufgrund der schwachen Konjunktur in den Vorjahren besteht die Möglichkeit, dass das Produktionspotenzial der österreichischen Volkswirtschaft durch das verwendete Ermittlungsverfahren etwas unterschätzt wird.

Rückfragehinweis:

Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)
Josefstädter Straße 39, 1080 Wien
Fax: 01/59991-162 — <http://www.ihs.ac.at> — ZVR-Zahl: 06620797

Dr. Helmut Hofer, helmut.hofer@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-251
Dr. Klaus Weyerstraß, klaus.weyerstrass@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-233
Paul Glück (Public Relations), paul.glueck@ihs.ac.at, Tel.: +43 660 150 5001

Wichtige Prognoseergebnisse

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2006-2010	2011-2015	2016-2020
Bruttoinlandsprodukt, real	1.3	1.1	1.4
Privater Konsum, real	1.1	0.3	1.2
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	-0.4	1.9	2.4
Bruttoanlageinvestitionen, real	-0.5	2.0	1.9
Ausrüstungsinvestitionen, real	1.3	3.3	2.4
Bauinvestitionen, real	-2.4	0.5	1.3
Inlandsnachfrage, real	1.0	0.9	1.4
Exporte i.w.S., real	2.7	2.8	3.1
Waren, real (laut VGR)	3.0	2.5	3.1
Reiseverkehr, real (laut VGR)	0.8	1.2	1.0
Importe i.w.S., real	2.1	2.5	3.3
Waren, real (laut VGR)	2.7	1.9	3.2
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-1.2	-1.2	0.6
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1.1	1.1	1.2
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ^{*)}	6.6	7.8	9.6
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ^{*)}	4.9	5.2	6.2
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.5	2.1	1.8
Preisindex des BIP	1.8	1.8	1.6
Verbraucherpreisindex	1.8	2.1	1.7
3-Monats-Euribor ^{*)}	2.8	0.5	-0.2
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen ^{*)}	3.9	2.0	0.9

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

^{*)} absolute Werte

Internationale Rahmenbedingungen

Durchschnittliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2011 – 2015	2016 – 2020
Welthandel	2.8	3.1
BIP, real		
Deutschland	1.5	1.4
Italien	-0.7	1.1
Frankreich	0.9	1.2
Vereinigtes Königreich	2.0	1.3
Schweiz	1.5	1.3
USA	2.0	2.3
Japan	0.6	0.5
China	7.8	6.0
Polen	3.0	3.0
Slowakei	2.4	3.0
Tschechien	1.6	2.5
Ungarn	1.7	2.4
Slowenien	0.5	2.4
MOEL-5*)	2.3	2.8
Bulgarien	1.5	2.7
Rumänien	2.4	3.3
Kroatien	-0.5	2.1
Russland	1.2	0.8
Euroraum	0.6	1.4
NMS-6*)	2.2	2.9
EU-28	1.0	1.5
OECD	1.7	2.0
Welt	3.5	3.2
Österreichische Exportmärkte	3.5	3.4
USD/EUR Wechselkurs**)	1.29	1.09
Erdölpreis (Brent, USD/barrel)**)	97.0	58.0

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

*) MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien; NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

**) absolute Werte